

Neue Bedrohungsszenarien als Grundlage für eine neue Sicherheitsarchitektur in den Americas?: US-amerikanische, lateinamerikanische und europäische Perspektiven

Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nolte, D. (2004). *Neue Bedrohungsszenarien als Grundlage für eine neue Sicherheitsarchitektur in den Americas?: US-amerikanische, lateinamerikanische und europäische Perspektiven*. (Brennpunkt Lateinamerika, 7). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444508>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 7

15. April 2004

ISSN 1437-6148

Neue Bedrohungsszenarien als Grundlage für eine neue Sicherheitsarchitektur in den Americas?

US-amerikanische, lateinamerikanische und europäische Perspektiven

Detlef Nolte

Seit dem 11. September 2001 hat sich die Diskussion über neue Bedrohungsszenarien und eine neue Sicherheitsstruktur in den Americas verstärkt, sie reicht allerdings bereits in die 1990er Jahre zurück. Ein wichtiges Ereignis war die im Rahmen der OAS durchgeführte Special Conference on Hemispheric Security, die Ende Oktober 2003 in Mexiko stattgefunden hat. Auf ihr wurden allerdings keine richtungsweisenden Entscheidungen getroffen, organisatorische Fragen wurden vertagt. Welches sind die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Lateinamerika? Welches sind die Strategien und Instrumente, um ihnen zu begegnen? Gibt es Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung in den USA und Lateinamerika? Welche sicherheitspolitischen Interessen haben Europa und Deutschland in Lateinamerika? Wie könnte der europäische Beitrag zur Problemlösung in der Region aussehen? Herausgearbeitet werden hier die Risiken eines ausufernden Sicherheitsbegriffs und einer Militarisierung politischer Probleme und sozialer Konflikte.

1. Ein verändertes internationales Umfeld und neue Herausforderungen

Nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben sich die sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarien in der westlichen Hemisphäre verändert. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes waren die traditionellen Bedrohungsszenarien einer kommunistischen Subversion oder der Errichtung von Satellitenstaaten in der Region obsolet geworden. Gleichwohl haben Strukturen, denen eine Funktion im Kalten Krieg zugekommen war, wie etwa der Rio-Pakt oder das *Inter-American Defense Board* (IADB) überlebt. Trotz latent fortbestehender Grenzkonflikte – wie die jüngsten diplomatischen Scharmützel

zwischen Chile und Bolivien bzw. Peru zeigen – konnten in den 1990er Jahren viele Grenzprobleme friedlich gelöst werden, und im Rahmen wirtschaftlicher und politischer Integrationsbestrebungen (Beispiel: MERCOSUR) wurden traditionelle Feindbilder und Bedrohungsszenarien abgebaut. Neue Bedrohungen, wie die wachsende, grenzüberschreitende Kriminalität, der Drogenhandel und -konsum sowie der internationale Terrorismus haben die alten ersetzt. Wobei der internationale Terrorismus nicht erst seit dem 11. September als Bedrohung in Lateinamerika präsent ist. Anfang der 90er Jahre (1992, 1994) wurden in Buenos Aires die israelische Botschaft und ein jüdisches Gemeindezentrum

durch Bombenattentate zerstört, insgesamt waren mehr als 130 Tote zu beklagen. In Kolumbien haben der Drogenhandel, die organisierte Kriminalität, eine von ihren ursprünglichen Zielen immer weiter entfernte, weitgehend zum Selbstzweck degenerierte Guerilla und paramilitärische Terrorgruppen, letztere häufig in Kooperation mit den staatlichen Sicherheitsorganen, die Bevölkerung als Geisel genommen. Der kolumbianische Konflikt zeitigt immer mehr Auswirkungen auf die Nachbarländer und weist eine immer stärkere Beteiligung der USA auf, zunächst beim „Drogenkrieg“ und nachfolgend auch bei der Bekämpfung der Guerilla.

Der 11. September 2001 markierte ohne Zweifel einen Einschnitt, sicherheitspolitische Fragen wurden allerdings auch bereits zuvor, während der 1990er Jahre, regelmäßig im Rahmen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und auf den verschiedenen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus Nord-, Südamerika und der Karibik diskutiert. Viele aktuelle Initiativen und Entwicklungen hatten ihren Ausgangspunkt vor dem 11. September. So wurde beispielsweise auf dem zweiten „Gipfel der Amerikas“ in Santiago de Chile (1998) dem drei Jahre zuvor geschaffenen *Committee on Hemispheric Security*, das dem ständigen Rat der OAS als Ausschuss zugeordnet ist, der Auftrag erteilt, eine *Special Conference on Security* vorzubereiten, auf der u.a. Themen wie Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt werden sollten. Dieser Beschluss wurde nachfolgend präzisiert, und die Konferenz sollte 2003 stattfinden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 änderte sich die Zielrichtung der Konferenz, nun ging es vordergründig um die Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus, aber auch um die Neuordnung der interamerikanischen Sicherheitsarchitektur. Als Konferenztermin war zunächst Mai 2003 in Mexiko festgesetzt worden, später wurde vor dem Hintergrund des Irak-Konfliktes der Termin auf den Oktober verschoben.

2. Die *Special Conference on Hemispheric Security*

Am 27. und 28. Oktober 2003 trafen sich schließlich die Vertreter der verschiedenen lateinamerikanischen und karibischen Regierungen sowie der USA und Kanadas in Mexiko-Stadt, um über hemisphärische Sicherheit zu beraten. Auf US-Seite wurde im Nachhinein beklagt, dass die Tagung weitgehend ohne die

eigentlichen Experten für Sicherheitsfragen, das Militär, abgelaufen sei. Eine bessere zivile Kontrolle über das Militär werde nicht erreicht – so die Meinung US-amerikanischer Sicherheitsexperten –, falls man die Streitkräfte bei der Diskussion sicherheitspolitischer Fragen ausgrenze statt sie einzubeziehen.

Auf knapp 13 Seiten werden in der *Declaration on Security in the Americas* auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen hingewiesen und insgesamt 47 gemeinsame Verpflichtungen und Kooperationsmaßnahmen unterschiedlichster Art benannt und begründet. Als „neue Bedrohungen, Besorgnisse und andere Herausforderungen diverser Natur“ werden aufgelistet:

- der Terrorismus, einschließlich des möglichen Zugriffs auf Massenvernichtungswaffen durch Terroristen;
- Angriffe auf die Cyber-Sicherheit;
- das transnationale organisierte Verbrechen;
- das globale Drogenproblem;
- Korruption;
- Menschenhandel;
- Geldwäsche;
- illegaler Waffenhandel und die Verknüpfung zwischen den bisher genannten Bedrohungen;
- die extreme Armut, denn die extreme Armut erodiere die soziale Kohäsion, beeinträchtige die Stabilität der Demokratien und unterminiere die Sicherheit der Staaten;
- von der Natur oder vom Menschen hervorgerufene Katastrophen;
- HIV/AIDS und andere gefährliche Krankheiten oder Gesundheitsrisiken;
- Umweltschäden;
- das Schadenspotenzial im Falle von Unfällen oder Zwischenfällen beim maritimen Transport von Gefahrgütern, einschließlich Erdöl und radioaktiver oder giftiger Abfälle.

Ein Kommentator (Marcella 2003) meinte bezogen auf die gesamte Erklärung, dass die Auflistung von Bedrohungen und Verpflichtungen so umfangreich sei, dass sich letztlich jeder darin wiederfinden könnte, einschließlich der USA. Aus Sicht US-amerikanischer Militärs und Sicherheitsexperten stellte die Konferenz bestenfalls einen Zwischenstop auf dem Weg zu einer neuen sicherheitspolitischen Architektur in der westlichen Hemisphäre dar.

3. Das Risiko einer Militarisierung von Politik und sozialen Konflikten

Vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus stellt aus US-amerikanischer Sicht die Schwächung der Demokratie in Lateinamerika, aber mehr noch die Schwächung staatlicher Strukturen im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit und die damit verbundene Ausweitung von rechtsfreien Räumen eine Gefahr dar. In seiner Rede auf dem **5. Treffen der Verteidigungsminister der Amerikas** (*Defense Ministerial of the Americas*) in Santiago de Chile am 19. November 2002 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld klar diese Bedrohungsvorstellung umschrieben. Demnach nützen Terroristen, die aus einem Land verjagt werden, die rechtsfreien, nicht beherrschten Gebiete in anderen Ländern als Rückzugsgebiet. Es liege in der Verantwortung der demokratischen Regierungen, die Macht zu nutzen, die ihnen durch die Wählerstimmen übertragen worden sei, und die effektive Staatsgewalt auf dem gesamten Territorium auszuüben. Diese Forderung wird bereits in der *U.S. National Security Strategy* vom September 2002 erhoben und in der offiziellen *National Strategy for Combating Terrorism* der US-Regierung vom Februar 2003 wiederholt: „Die USA werden gemeinsam mit unseren internationalen und regionalen Partner darauf hinarbeiten, eine effektive Regierungsgewalt in unregierten Gebieten sicherzustellen, die Terroristen eine Zuflucht bieten können.“ Alle Faktoren, die zu einer Schwächung staatlicher Autorität führen, wie etwa Korruption und Kriminalität, aber auch die tiefer liegende Ursachen, wie Armut, soziale Gegensätze oder ineffiziente staatliche Strukturen, kommen somit in das Blickfeld der Sicherheitspolitik. Damit wird der Feind auch immer unbestimmter.

Die Ausweitung des sicherheitspolitischen Themas auf neue Bedrohungen und Herausforderungen, wie sie in der *Declaration on Security in the Americas* enthalten ist, macht den Sicherheitsbegriff diffus und prinzipiell grenzenlos. Dadurch besteht das Risiko einer „securitización“ (Francisco Rojas) oder „Militarisierung“ politischer Konflikte und sozialer Probleme. Das gleichzeitige Fehlen einer klaren Definition und Abgrenzung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der jeweils zuständigen staatlichen Organe bietet Raum für eine Rollenerweiterung des Militärs. Auf diese Risiken wird von lateinamerikani-

schen Verteidigungsexperten zunehmend hingewiesen. Es scheint, als ob sich viele lateinamerikanische Politiker gar nicht bewusst sind, welche Büchse der Pandora sie mit der Übernahme eines immer umfassenderen Sicherheitsbegriffs geöffnet haben.

Auf Seiten der USA gibt es vor dem Hintergrund der gemeinsamen Zielvorgabe des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus durchaus unterschiedliche Stimmen. Einzelne konservative Think Tanks haben sich voll auf einen möglichst umfassenden Sicherheitsbegriff eingelassen; er bildet die Grundlage für fast schon apokalyptische Bedrohungsszenarien, wie sie beispielsweise in einem Strategiepapier der *Heritage Foundation* zu Südamerika vom Februar 2004 entwickelt werden (Carafano/Johnson 2004): Kriminelle, illegale Armeen, terroristische Gruppen, die vom islamischen Fundamentalismus beeinflusst sind, werden dort mit Angriffen mit biologischen Waffen aus dem Süden zusammen gemischt, die aufgrund der schweren Defizite im Gesundheitswesen vieler lateinamerikanischer Staaten erleichtert würden.

Einzelne US-Militärs und Think Tanks treten im Rahmen eines umfassenden Sicherheitskonzepts für eine **enge Vernetzung von Polizei- und Militäraufgaben in Lateinamerika** und – falls erforderlich – die Aufhebung der entsprechenden rechtlichen Trennung ein. So heißt es in dem bereits erwähnten Strategiepapier der *Heritage Foundation* vom Februar 2004: „Weil terroristische Gruppen und transnationale kriminelle Organisationen Charakteristika sowohl von militärischen Organisationen als auch von nationalen Kriminellen aufweisen, ist die Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Gesetzesvollzugsorganen der Schlüssel zum Erfolg. Obwohl die USA 20 Jahre damit verbracht haben auf eine Trennung von militärischen und polizeilichen Funktionen in Lateinamerika hinzuwirken, sollten sie überdenken, wie sie mit der einzigartigen Sicherheitsarchitektur jedes Landes zusammenarbeiten werden.“ Und der Oberbefehlshaber des *U.S. Southern Command*, General James T. Hill, fordert: „Die Streitkräfte müssen im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen und rechtlichen Beschränkungen die mit der Durchsetzung der Gesetze beauftragten Organe im Kampf gegen die Drogen und andere transnationale Bedrohungen unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Wo die rechtlichen Grenzen aufgrund der augenblicklichen Bedrohungen keinen Sinn machen, sollten sie mit

ihren demokratisch gewählten Regierungen in einen ehrlichen Dialog eintreten um festzustellen, ob die Gesetze und Beschränkungen einer Revision bedürfen.“ (Hill 2003). Daneben wird die Forderung nach einer stärkeren Einbindung der lateinamerikanischen Militärs in *Civil Action Programs* (Straßenbau, Gesundheitsversorgung etc.) erhoben.

Vor dem Hintergrund der jüngeren lateinamerikanischen Geschichte sind derartige Forderungen nach einer Vermischung von polizeilichen und militärischen Aufgaben und einer größeren Rolle für das Militär in Politik und Gesellschaft bedenklich. Dies könnte sich negativ auf die Menschenrechtslage in der Region auswirken. Die Forderung nach einer umfassenden und integrierten Sicherheitsstrategie, die ziviles und militärisches Personal umfasst und zivile und militärische Aktionen einbezieht, und die gegen einen Feind gerichtet ist, der schwer zu identifizieren und schwer zu lokalisieren ist, erinnert an die alten *Counterinsurgency*-Konzepte der 1960er und 1970er Jahre und die berühmte Doktrin der Nationalen Sicherheit. Eine Militarisierung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme könnte die Lage in Lateinamerika verschlimmern statt verbessern. In einer Konstellation schwacher ziviler Institutionen, wachsender sozialer Proteste, einer sich verschlechternden Sicherheitssituation und ineffizienter Polizeikräfte könnte sich der Halbkontinent auf dem Weg zurück in die 1970er Jahre befinden, mit Streitkräften, die in die Politik intervenieren. Und mit der Wahl zwischen instabilen Demokratien und stabiler Militärherrschaft konfrontiert, könnten sich die USA erneut mit der zweiten Option anfreunden.

Dies hängt aber auch von den lateinamerikanischen Regierungen ab, die der Diskussion über einen sich ständig ausdehnenden Sicherheitsbegriff und immer neue Bedrohungsszenarien Zügel anlegen sollten, indem sie klar zwischen Sicherheitsproblemen und sozialen Problemen, und zwischen Aufgaben der Streitkräfte und Aufgaben der Polizei unterscheiden; zumal von einzelnen US-Militärs und sicherheitspolitischen Think Tanks in den USA vor einem Ausufern des Sicherheitsbegriffs gewarnt und darauf verwiesen wird, dass viele der oben aufgelisteten neuen Bedrohungen und Herausforderungen nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Auch die Europäer könnten einen Beitrag zur Kurskorrektur in der sicherheitspolitischen Debatte leisten.

Zunächst einmal gilt es abzuklären, was ein Sicherheitsproblem darstellt. Dabei sollte das zentrale Kriterium die tatsächliche oder angelegte Gewaltanwendung sein. Dadurch würde ein Großteil der angeblichen neuen Bedrohungen oder Herausforderungen aus dem Sicherheitsbereich herausfallen. In einem zweiten Schritt gilt es zu ergründen, inwieweit es sich um Sicherheitsprobleme handelt, welche die Verteidigung und damit die Aufgaben der Streitkräfte betreffen. Dazu gehört die Wahrung der staatlichen Souveränität, sowohl in territorialer Hinsicht als auch hinsichtlich der staatlichen Strukturen, und dies vor allem gegen Angriffe von außen.

Viele der in der *Declaration on Security in the Americas* aufgelisteten neuen Bedrohungen, Besorgnisse und anderen Herausforderungen gehören zu den Aufgaben der Polizei, des Katastrophenschutzes oder der Gesundheitsbehörden. Bestimmte Defizite im Bereich der inneren Sicherheit oder im Gesundheitswesen lassen sich am ehesten durch die dafür zuständigen Organe beheben. Dies schließt nicht aus, dass in Ausnahmesituationen – z.B. bei Naturkatastrophen – auf die spezifischen Ressourcen der Streitkräfte zurückgegriffen wird. Diese Einsätze sind aber nicht Teil ihrer Kernaufgaben. Ohne Zweifel gibt es Grenzbereiche, wo sich Probleme der inneren und der äußeren Sicherheit überlappen. Hier gilt es klare rechtliche Regelungen zu treffen, unter welchen Bedingungen und in welchen Bereichen Polizei und Streitkräfte kooperieren können.

Allerdings erweckt die Diskussion in einzelnen lateinamerikanischen Ländern zuweilen den Eindruck, dass die zivilen Regierungen ganz zufrieden sind, wenn sich die Militärs neue Aufgaben suchen, und letztere beklagen sich nicht, wenn sie neue Wege finden, ihre Existenz und ihr Budget zu rechtfertigen. Einige lateinamerikanische Regierungen glauben außerdem, mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung in den USA zu gewinnen, wenn sie soziale, gesundheitliche oder Umweltprobleme zu Sicherheitsproblemen deklarieren.

4. Die US-Sicht: Defizite im System hemisphärischer Sicherheit

Aus US-amerikanischer Perspektive verlief die *Special Conference on Hemispheric Security* unbefriedigend. Weder wurden klare Prioritäten hinsichtlich der Bedrohungen und der zu ihrer Bekämpfung notwendigen Mittel vorgegeben. Noch wurden Entscheidungen hinsichtlich der zukünftigen Struktur des Inter-Amerikanischen

Systems im Bereich der Sicherheitspolitik getroffen. So wurde die Klärung des institutionellen und rechtlichen Verhältnisses zwischen OAS und *Inter-American Defense Board (IADB)* erneut vertagt. Und auch auf nationaler Ebene wird in den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten eine klare Strategie gegenüber den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen vermisst.

Interamerikanisches System. Zwar wird im Rahmen der OAS mittlerweile auch intensiv über sicherheitspolitische Fragen diskutiert, und es wurden neue Konventionen verabschiedet bzw. neue Organe geschaffen, die jedoch überwiegend nur über eine schwache Infrastruktur und einen sehr begrenzten Einfluss verfügen. Aus US-Sicht wäre es wünschens-

wert, wenn die verschiedenen interamerikanischen sicherheitspolitischen Kooperationsstrukturen inner- und außerhalb des OAS-Rahmens stärker vernetzt würden und die OAS auf ein eigenes Beratungsorgan für militärische und sicherheitspolitische Fragen zurückgreifen könnte. Aus US-Sicht bietet sich dazu das IADB in besonderer Weise an.

Die lateinamerikanischen Staaten vertreten in dieser Frage eine Abwarteposition. Für viele Regierungen – hierzu zählt sicherlich die brasilianische – ist der Status quo des interamerikanischen Systems, auch wenn nicht immer funktional, jeglicher Veränderung vorzuziehen, da eine solche die US-Position in der Region stärken und nicht voraussehbare Risiken bergen könnte.

Sicherheitspolitische Institutionen im interamerikanischen System

Schon 1942 war als Reaktion auf die Bedrohung durch die Achsenmächte und zur Koordination der Verteidigungsanstrengungen in der westlichen Hemisphäre das **Inter-American Defense Board (IADB)** mit Sitz in Washington D.C. geschaffen worden, dem 1962 das **Inter-American Defense College (IADC)** (mit Sitz in Fort Lesley J. McNair) als Schulungszentrum für zivile und militärische Führungskräfte in Fragen der hemisphärischen Sicherheit zugeordnet wurde. Das IADB steht allen OAS-Mitgliedern offen, die hierzu Militärs oder Zivilisten als ihre Repräsentanten entsenden. Zuletzt ist im Dezember 2002 Kanada dem IADB beigetreten. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und traditioneller Bedrohungsszenarien in der westlichen Hemisphäre stellt sich die Frage nach den zukünftigen Aufgaben des IADB. Eine Option wäre seine Auflösung, die andere eine direkte Einbindung in das OAS-System als technisches Beratungsorgan für Sicherheitsfragen. Dies wäre zurzeit die US-amerikanische Präferenz; zumal die OAS über keinerlei Fachkompetenz in sicherheitspolitischen Fragen verfügt. Das OAS Committee on Hemispheric Security hat gerade einmal einen Mitarbeiter. Eine der Hauptschwächen des IADB ist sicherlich die Dominanz von Militärs, eine stärkere Einbindung der Verteidigungsministerien und vor allem von zivilen Verteidigungs- und Sicherheitsexperten könnte die Außenwahrnehmung der IADB sicherlich verändern, genauso wie eine Namensänderung. Auf Spanisch lautet der Name **Junta Interamericana de Defensa**. Nach den Militärdiktaturen ist der Begriff Junta vorbelastet.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 kam auch der bereits totesagte **Rio-Vertrag** oder genauer **Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance** von 1947 zur Anwendung, der ursprünglich als Beistandspakt im Kalten Krieg geschlossen wurde. Pikanterweise hatte Mexiko kurz zuvor den Pakt aufkündigen wollen, und dies ist immer noch die offizielle Position der mexikanischen Regierung. Zunächst erklärten aber die Unterzeichner des Rio-Vertrages auf Antrag Brasiliens, dass der terroristische Angriff auf die USA einen Angriff auf alle Vertragspartner darstelle. Eine Diskussion über die Auflösung oder Neufassung des Rio-Vertrages vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungsszenarien liegt zurzeit weder im US-amerikanischen noch im Interesse der meisten lateinamerikanischen Regierungen.

Nach Artikel 2 a) ihrer Charta kommt der OAS die Aufgabe zu, Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent zu stärken. In diesem Rahmen war 1995 das **Committee on Hemispheric Security / Comisión de Seguridad Hemisférica (CSH)** von der Generalversammlung der OAS als ein Ausschuss des Ständigen Rates der OAS geschaffen worden. Es löste das 1992 konstituierte Special Committee on Hemispheric Security ab. Weitere sicherheitsrelevante Organe der OAS sind die **Inter-American Drug Abuse Control Commission / Comisión Interamericana para el Control de Abuso de Drogas (CICAD)** und das 1998 auf eine argentinische Initiative hin geschaffene **Inter-American Committee Against Terrorism / Comité Interamericano contra el Terrorismo (CICTE)**.

Gleichfalls 1995 kam es auf Anregung des damaligen US-Verteidigungsministers William Perry in Williamsburg (Virginia/USA) erstmals zu einem Treffen der Verteidigungsminister der Region (das so genannte **Defense Ministerial of the Americas**). Die nachfolgenden Treffen fanden in Bariloche (Argentinien) 1996, Cartagena (Kolumbien) 1998, Manaus (Brasilien) 2001 und zuletzt in Santiago de Chile 2002 statt. Anfänglich dienten diese Treffen zur Stärkung der zivilen Kontrolle über das Militär, jetzt dienen sie einer besseren Koordination im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und zur Abstimmung der Verteidigungspolitiken.

Lateinamerikanische Kriseninterventions-truppen. Den USA ist es ein Anliegen, in- und außerhalb der westlichen Hemisphäre auf lateinamerikanische Kriseninterventionstruppen zurückgreifen zu können. Diese könnten US-Truppen entlasten und würden bei Einsätzen in der Region über eine größere Legitimität verfügen. Für den zentralamerikanischen und karibischen Raum könnte die Beteiligung von Truppen aus Honduras, El Salvador, Nicaragua und der Dominikanischen Republik am Irak-Einsatz diesem Zwecke – d.h. dem Aufbau subregionaler militärischer Potenziale – dienen. Allerdings ist deren militärischer Wert bei großen Krisen in- und außerhalb Lateinamerikas eher gering zu veranschlagen. Interessantere Kooperationspartner sind ohne Zweifel in Südamerika zu finden. In einer Studie des *Strategic Studies Institute* des *U.S. Army War College* vom August 2002 (Nuñez 2002) wurde die Idee einer bis zu 6.000 Mann starken südamerikanischen Eingreiftruppe für humanitäre Einsätze, aber auch zur Friedenssicherung und -durchsetzung präsentiert, die gegebenenfalls nur auf Beschluss einer reformierten OAS eingesetzt werden dürfte. In dieser Eingreiftruppe sollten vor allem Brasilien, auf Grund seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und der Stärke der Streitkräfte, Chile und Argentinien zusammenarbeiten. Die Brasilianer reagieren auf derartige Anliegen eher zurückhaltend. Der zugesagten Entsendung brasilianischer Truppen nach Haiti kommt deshalb aus US-amerikanischer Perspektive große symbolische Bedeutung zu. Argentinien hat bereits den Status eines Sonderverbündeten der USA außerhalb der NATO, die wirtschaftlichen Probleme Argentiniens und die damit einhergehende Schwächung der operativen Kapazitäten der argentinischen Streitkräfte schränken allerdings momentan deren Handlungsspielraum ein. Die chilenischen Streitkräfte weisen in Lateinamerika vermutlich den höchsten professionellen Standard auf, und sie erfreuen sich in den USA einer hohen Wertschätzung. So wird der chilenischen Marine bei möglichen Szenarien zum Schutz des Panama-Kanals gegen eine terroristische Bedrohung Bedeutung beigemessen. Gemeinsame Manöver mit US-amerikanischen und panamaischen Streitkräften zu diesem Zwecke haben bereits stattgefunden. Als Handelsmacht sieht Chile in der Sicherung dieses wichtigen Seeweges (Chile ist der viertwichtigste Nutzer des Kanals) direkt nationale Interessen tangiert. Chile war das einzige lateinamerikanische Land, das den politischen Willen, aber auch – aus US-Sicht genauso wichtig – die operativen Fähigkeiten hatte, innerhalb von 36-

Stunden Spezialeinheiten nach Haiti zu entsenden und dort die Truppen aus den USA, Frankreich und Kanada zu unterstützen. Die chilenischen Truppen trafen sogar noch vor den kanadischen ein.

Aus lateinamerikanischer Perspektive sind allerdings gemeinsame Streitkräfte eine ferne Utopie, zu wichtig sind die eigenständigen Insignien staatlicher Souveränität, zu bedeutend immer noch historisch begründete Feindbilder und Animositäten, und zu groß das Misstrauen gegenüber den jeweiligen Nachbarn und der westlichen Führungsmacht. Auf mittlere Sicht sind bestenfalls gemeinsame, abgestimmte Einsätze mehrerer lateinamerikanischer Länder unter einer gemeinsamen Kommandostruktur vorstellbar. Hierzu gibt es bereits Beispiele (wie der gemeinsame UN-Einsatz von chilenischen und argentinischen Truppen in Zypern, oder möglicherweise die Kooperation zwischen brasilianischen und chilenischen Truppen in Haiti). Eventuell könnten europäische Erfahrungen für eine engere Kooperation zwischen den nationalen Streitkräften (bis hin zu gemeinsamen Einheiten) für Lateinamerika von Nutzen sein. Und es könnte durchaus auch im US-Interesse sein, diesen Erfahrungstransfer zwischen Europa und Lateinamerika zu fördern.

Fehlen einer nationalen Sicherheitsstrategie. Aus US-amerikanischer Sicht mangelt es den lateinamerikanischen Regierungen an einer umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie, welche die verschiedenen Bedrohungen umfasst und die entsprechenden Instrumente zur ihrer Bekämpfung benennt. Die Weißbücher zur Verteidigungspolitik, die von einzelnen lateinamerikanischen Regierungen herausgegeben wurden, sind hierbei nur von begrenztem Nutzen. So bleibt unklar, welche staatlichen Organe – z.B. Polizei oder Streitkräfte – für bestimmte Sicherheitsbedrohungen zuständig sind und welche Instrumente dazu eingesetzt werden sollen. Aus US-amerikanischer Sicht sind manche hochwertigen militärischen „Spielzeuge“ für die aktuellen Bedrohungsszenarien durchaus entbehrlich und letztlich eine Verschleuderung von Steuergeldern. Wie es ein US-Militär ausdrückte, brauche Bolivien bei den gegebenen Bedrohungsszenarien heute eher Wasserwerfer als Luftabwehrgeschütze.

Eine nationale Sicherheitsstrategie birgt Risiken und Chancen. Das Risiko besteht in einer Militarisierung politischer Probleme und einer erneuten Rollenausweitung des Militärs. Die Chance besteht darin, dass knappe staatliche Ressourcen entsprechend den Herausforderungen neu verteilt werden. Falls die traditionellen mili-

tärischen Bedrohungsszenarien (z.B. eines Angriffs durch einen äußeren Gegner) an Bedeutung abnehmen, kann gegebenenfalls die Truppenstärke reduziert und auf bestimmte Rüstungsgüter verzichtet werden. Haben Fragen der Inneren Sicherheit (hohe Kriminalitätsraten etc.) im Ver-

gleich mit einer Bedrohung von außen an Bedeutung zugenommen, so sollten eventuelle Mittel von den Streitkräften auf die Polizei umgewidmet werden bzw. neue Polizeieinheiten geschaffen werden, die gegenüber den neuen internen Bedrohungsszenarien gewappnet sind.

Lateinamerika im Rahmen der US-Verteidigungspolitik

Nach dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush und seines Verteidigungsministers Donald Rumsfeld war Lateinamerika zunächst aus dem Verantwortungsbereich des Assistant Secretary of Defense for Special Operations and Low Intensity Conflict (SP/LIC) herausgelöst worden, dort war die Region nicht zuletzt wegen der Drogenbekämpfung verortet worden, und der Abteilung des **Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs (ISA)** zugeschlagen worden. Damit wird Lateinamerika in der verteidigungspolitischen Wahrnehmung aufgewertet – über die Drogenbekämpfung hinaus – und die Western Hemisphere in einer globalen Perspektive wie andere Regionen (Afrika, Asien, Naher Osten und Südostasien) wahrgenommen. Zurzeit wird vom Weißen Haus eine neue Western Hemisphere Strategy entwickelt. Gegenwärtig zuständig für die Western Hemisphere ist der Deputy Assistant Secretary of Defense, Roger Pardo-Maurer. Aus der Sicht des Department of Defense wollen die USA zur Demokratie und Sicherheit in der Region beitragen. Dazu ist es notwendig, dass die lateinamerikanischen Regierungen die tatsächliche Souveränität über das gesamte Territorium ausüben. Die USA wollen von einer eher „hardware“ basierten Strategie (Rüstungsgüter und darauf bezogenes Training) zu einer eher „software“ orientierten Strategie (gemeinsame kooperative Strategien mit den lateinamerikanischen Sicherheitskräften) übergehen.

Obleich nach einer Sichtweise Lateinamerika nach dem 11. September je nach Wortwahl den „weichen Unterleib“ oder die „offene Flanke“ der USA in sicherheitspolitischen Fragen darstellt, kommt dem US-Southern Command (**SOUTHCOM**) nur geringe Bedeutung in der verteidigungspolitischen Hierarchie zu. Weniger als 0,5% des Verteidigungshaushaltes entfallen auf das SOUTHCOM mit Sitz in Miami, und vor dem Hintergrund der Neustrukturierung der Verteidigung des Territoriums der USA besteht das latente Risiko, wonach das SOUTHCOM dem Northern Command (**NORTHCOM**) zugeschlagen wird, zu dessen Verantwortungsbereich bereits Kanada, Mexiko und Teile der Karibik gehören. Dies erklärt die manchmal überzogenen Bedrohungsszenarien, die vom SOUTHCOM oder nahestehenden zivilen und militärischen Think Tanks entworfen werden: die eigene Existenz zu rechtfertigen.

Als Nachfolgeorganisation der viel kritisierten **School of the Americas** wurde 2001 das **Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC)** mit Sitz in Fort Benning (Georgia) ins Leben gerufen, das der Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere (in spanischer Sprache) dient. Nach der Neugründung steht das WHINSEC auch Zivilisten und Polizeikräften offen. Teil des Ausbildungsprogramms sind der Schutz der Menschenrechte und die zivile Kontrolle des Militärs bzw. die Rolle der Streitkräfte in einer demokratischen Gesellschaft. Daneben sind außer den üblichen militärischen Ausbildungsprogrammen auch Kurse zum Katastrophenschutz, zu Friedenseinsätzen und zur Drogenbekämpfung vorgesehen.

Das 1997 gegründete **Center for Hemispheric Defense Studies (CHDS)** mit Sitz in Washington D.C. ist Teil der National Defense University und geht auf die Defense Ministerials zurück. Es soll vor allem zivile Verteidigungsexperten aus Lateinamerika ausbilden (auch im Hinblick auf die Erstellung und Kontrolle der Verteidigungshaushalte) und zu einem Erfahrungsaustausch zwischen Militärs und zivilen Verteidigungsexperten in den Amerikas beitragen.

5. Europa und die Sicherheitsprobleme in Lateinamerika

Welche sicherheitspolitische Bedeutung hat Lateinamerika für Europa und Deutschland? Nimmt man die in der *Declaration on Security in the Americas* enthaltenen „neuen Bedrohungen, Besorgnisse und anderen Herausforderungen diverser Natur“ zum Maßstab, so zeigen sich keine großen Unterschiede in der Wahrnehmung durch die Europäer, die in der sozialen Kluft und der politischen Instabilität gleichfalls ein sicherheitspolitisches Risiko sehen. Im **Regionalen Strategie-**

giepapier der Europäischen Kommission vom April 2002 heißt es u.a.: „die politischen Systeme sind immer noch fragil, besonders in der Andenregion, aber auch in Zentralamerika [...] der Drogenhandel, im Zusammenspiel mit Korruption und Gewalt ist genauso ein Faktor politischer, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität wie der Terrorismus. [...] Die soziale Exklusion und Marginalisierung sind Faktoren, welche die Unsicherheit, die Gewalt und die zunehmende Kriminalität begünstigen, die diese Gesellschaften belasten“. Auch hinsichtlich der eingegangenen

Verpflichtungen und vorgeschlagenen Kooperationsmaßnahmen zeigen sich keine großen Unterschiede zwischen der EU und der OAS. Die Europäer stimmen sogar in mehr Bereichen mit den Lateinamerikanern überein als die USA, die als einziges Land in der *Declaration on Security in the Americas* ihre Zustimmung zur **Ottawa-Konvention** und der Schaffung einer von Antipersonenminen freien Zone in der westlichen Hemisphäre verweigerten, und auch abgestimmte Maßnahmen zum **Klimaschutz**, der von den Lateinamerikanern als Teil der Sicherheitsagenda wahrgenommen wird, ablehnten.

Im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs sind insbesondere folgende Bedrohungen aus Lateinamerika für Europa von Relevanz:

- Der **hohe Anteil von Armen** an der Bevölkerung und die großen **Einkommensdisparitäten** werde auch in Europa als destabilisierender Faktor für die lateinamerikanischen Demokratien wahrgenommen. Sie können zu einem Anstieg der Kriminalität und der politisch motivierten Gewalt führen, und sind sicherlich ein negativer Faktor für europäische Investitionen. Allerdings wird dieser Destabilisierungsfaktor nicht aus militärischer Perspektive gesehen, sondern die Armutsbekämpfung wie auch die Reform staatlicher Strukturen sind Teil der Entwicklungskooperation mit Lateinamerika.
- Auch in Europa wird die Risikoeinschätzung geteilt, dass sich in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten **rechtsfreie Räume/Territorien** herausbilden oder verfestigen, die dann als Rückzugsgebiet für transnationale kriminelle Vereinigungen oder terroristische Gruppe dienen können. Die EU (auch die Bundesregierung) unterstützt die Bestrebungen der lateinamerikanischen Regierungen, die staatliche Präsenz und Kontrolle in diesen Gebieten sowie die Herrschaft des Gesetzes auf dem gesamten Territorium wiederherzustellen. Ein Schwergewicht in der Entwicklungskooperation mit Lateinamerika liegt deshalb in der Stärkung des Rechtsstaates und der Staatsreform, einschließlich Zentralisierung und der Reform von Justiz und Polizei.
- Auch in Europa liegen geheimdienstliche Erkenntnisse über Aktivitäten (vor allem Fund-Raising) von Sympathisanten **islamistischer Fundamentalisten** oder des Al Qaeda-Netzwerkes in Lateinamerika vor, aber es gibt bisher keinerlei Informationen über stra-

tegische Allianzen mit Gewaltakteuren in Lateinamerika.

- Das **Drogenproblem** ist auch ein europäisches Problem. Nahezu das gesamte weltweit konsumierte Kokain wird in den Andenländern produziert. Während in der Vergangenheit nur ungefähr 20% der Kokainproduktion auf den europäischen Markt kam, sind es mittlerweile 50%. Nach Schätzungen von Interpol werden jährlich 150 bis 170 Tonnen Kokain nach Europa geschmuggelt, zumeist über die Niederlande und Spanien. Aber auch bei diesem Produkt gibt es einen gemeinsamen europäischen Markt. Insofern ist die Bekämpfung des Drogenanbaus in den Andenländern ein Anliegen der EU wie auch der deutschen Regierung. Diesem Zweck dienen einerseits Ausbildungsprogramme mit der Polizei in den betroffenen Ländern und Programme zur Substitution (über Anreize) des Drogenanbaus durch andere landwirtschaftliche Produkte. Die EU und auch die Bundesregierung stehen Maßnahmen der Besprühung der Drogenfelder aus der Luft ablehnend gegenüber, wegen der zu befürchtenden negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Außerdem schaffen die Besprühungsaktionen kein alternatives Einkommen für die bisherigen Drogenanbauer. Aus europäischer Sicht sollte der Drogenhandel vor allem mit polizeilichen Mitteln und durch positive Anreize zur Substitution bekämpft werden. Diese Strategie stößt in Gebieten, in denen der Drogenhandel zur Finanzierung von Gewaltakteuren dient, allerdings an ihre Grenzen.
- Der **illegalen Immigration aus Lateinamerika** kommt für Europa weniger Bedeutung als für die USA zu. Es handelt sich zurzeit vor allem um ein spanisches Problem, aber sobald die illegalen Einwanderer europäischen Boden betreten haben, lässt sich das Problem nicht auf ein Land begrenzen. Es bestehen aber Befürchtungen, dass durch die Erschwerung der legalen und illegalen Einwanderung in die USA nach dem 11. September Migrationsströme nach Europa umgelenkt werden könnten. Zurzeit ist die illegale Einwanderung aus Lateinamerika nach Europa im Vergleich mit den Migrationsströmen aus anderen Ländern und Regionen allerdings ein geringeres Problem.
- Dem **lateinamerikanischen Ökosystem** kommt große Bedeutung für das weltweite Klima zu. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und für eine nachhaltige Nutzung der na-

türlichen Ressourcen in der Region werden von der EU und der Bundesregierung unterstützt und gefördert. Die Europäer sehen wie die lateinamerikanischen Regierungen, aber im Gegensatz zu den USA, im Schutz der natürlichen Ressourcen ein gemeinsames Anliegen, das im Rahmen von für alle Regierungen verbindlichen internationalen Vereinbarungen angegangen werden sollte.

Die Europäer und auch die Bundesregierung teilen etliche der Einschätzungen der Sicherheitslage in Lateinamerika mit den USA, unterscheiden sich allerdings hinsichtlich der Instrumente zu ihrer Bewältigung. Den USA wird eine gewisse Präferenz zum Einsatz militärischer Mittel und für unilaterales Handeln zugeschrieben. Die Europäer wie auch die Lateinamerikaner präferieren einen multilateralen Ansatz und die Ausschöpfung friedlicher Mittel der Konfliktlösung und -prävention. Allerdings fehlt zuweilen die Einsicht, dass ein derartiger Ansatz manchmal an seine Grenzen stößt und dass unter bestimmten Bedingungen der Einsatz von Gewaltmitteln zur (Wieder-)Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols eine Grundvoraussetzung für die Schaffung demokratischer Strukturen sein kann.

Die EU, aber auch deutsche politische Akteure sollten sich in die augenblickliche Diskussion über sicherheitspolitische Bedrohungen in Lateinamerika und die Mittel zu ihrer Einhegung stärker einbringen, um möglichen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Der EU-Kommissar für die Außenbeziehungen, Chris Patten, hat kürzlich in einem Vortrag über die europäisch-amerikanischen Beziehungen darauf hingewiesen, dass die EU bei militärischer „hard power“ bei weitem nicht an die USA heranreicht, aber eine Menge an „soft power“ zu bieten habe, wenn es um die Frage der Stabilisierung politischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen gehe. Viele der so genannten neuen Sicherheitsprobleme in Lateinamerika bedürfen eher der „soft power“, also des politischen Dialogs, der wirtschaftlichen Kooperation oder Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, als der „hard power“. Ein Teil der „hard power“, z.B. solche, welche die Stärkung und die Reform der Polizei in Lateinamerika betrifft, ist überdies auch in Europa vorhanden. Ein stärkeres europäisches Engagement in Lateinamerika zur Bewältigung sicherheitsrelevanter Probleme sollte auch im US-amerikanischen Interesse liegen. Wie im richtigen Leben stößt der ferne Verwandte manchmal auf mehr Akzeptanz als der reiche Nachbar.

6. Implikationen für die deutsche Lateinamerikapolitik

Die deutsche Lateinamerikapolitik ist weitestgehend mit der europäischen identisch, und die Bundesregierung sieht ihre Interessen gegenüber Lateinamerika am besten im europäischen Rahmen vertreten. Aufgrund der neuen weltweiten Herausforderungen, gerade auch im Bereich der Sicherheitspolitik, hat Lateinamerika überdies an Stellenwert in der deutschen Außenpolitik verloren, obgleich dieser nie besonders hoch war. Das Lateinamerikakonzept der Bundesregierung aus dem Jahre 1994, dem auch Einfluss auf die Formulierung der europäischen Lateinamerikapolitik zukam, ist seitdem nicht mehr aktualisiert worden. Bestrebungen zu Beginn der Dekade, subregionale Konzepte für Lateinamerika zu entwickeln, wurden nur teilweise umgesetzt und nicht zu Ende geführt. Zurzeit verfügt nur das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über ein aktualisiertes Strategiepapier zu Lateinamerika (vom Februar 2000).

Vor dem Hintergrund der geschilderten Krisenkonstellationen und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Lateinamerika wäre es folgerichtig, dass die Bundesregierung die außenpolitischen Interessen und Grundziele gegenüber Lateinamerika neu definiert und das Auswärtige Amt eine stärkere Koordinierung der Politik gegenüber Lateinamerika vornimmt. Zwar hat das BMZ im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffes ein breites Instrumentarium entwickelt, das im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Lateinamerika zweckgemäß zur Anwendung gebracht werden könnte, jedoch entspricht die entwicklungspolitische Prioritätensetzung (Armutskriterien, Pro-Kopf-Einkommen) in Lateinamerika nicht immer den sicherheitspolitischen Prioritäten und den deutschen strategischen Kerninteressen. Eine organisatorische Zusammenführung von Außenpolitik und Entwicklungspolitik unter einem Dach könnte nicht nur in der Lateinamerikapolitik Vorteile mit sich bringen.

Eines der objektiven und subjektiven Kernprobleme in Lateinamerika ist mittlerweile vor dem Hintergrund steigender Kriminalitätsraten die innere Sicherheit. Unter diesem Gesichtspunkt sollten Fragen der Kooperation bei der Polizeiausbildung einen größeren Stellenwert in der bilateralen und multilateralen Kooperation mit Lateinamerika erhalten. Dies sollte allerdings zwingend mit Projekten zur Stärkung von Justiz und Rechtsstaat einhergehen, um einem mögli-

chen Gewaltmissbrauch durch die Polizei entgegen zu wirken. Im Bereich der Verteidigungspolitik wären ein umfassenderer Erfahrungsaustausch und eine engere Kooperation zwischen europäischen und lateinamerikanischen Streitkräften im Interesse sowohl der lateinamerikanischen Staaten und der Europäer als auch der USA.

Lateinamerika wird in weiten Regionen auch in der Zukunft durch soziale Konflikte, politische Instabilität und Sicherheitsprobleme (überwiegend interner Natur) gekennzeichnet sein. Die USA könnten vor diesem Hintergrund gezwungen sein, mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen auf den südlichen Halbkontinent zu konzentrieren. Insofern sollte es im strategischen Interesse der USA, aber auch Europas und Lateinamerikas liegen, enger in sicherheitsrelevanten Fragen –

sowohl der inneren als auch der äußeren Sicherheit – zusammenzuarbeiten. Die USA könnten Ressourcen sparen und vor Fehlentscheidungen bewahrt werden, und die europäischen Regierungen könnten in Kooperation mit den lateinamerikanischen Regierungen einer „Militarisierung“ sozialer Probleme und Konflikte entgegenwirken; zumal die Europäer auch direkte wirtschaftliche Interessen in der Region haben. Außerdem besteht eine größere kulturelle Affinität als Grundlage für eine Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen mit Lateinamerika als mit anderen Weltregionen, in denen einzelne europäische Regierungen heute militärisch oder durch zivile Unterstützungsmaßnahmen mit den USA kooperieren.

Quellen:

- Carafano, James Jay/Johnson, Stephen (2004): Strengthening America's Southern Flank Requires a Better Effort, in: *Heritage Foundation Backgrounder*, No.1727, February 20, 2004.
- European Commission (2002): *Latin America Regional Strategy Document*, April 2002.
- Hill, James T. (2003): Preface, in: Manwaring, Max G./Fontenela, Wendy/Grizzard, Mary/Rempe, Dennis (2003): *Building Regional Security Cooperation in the Western Hemisphere: Issues and Recommendations*, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA, October 2003.
- (2003): United States Army Commander, Columbia: Key to Security in the Hemisphere, in: *Heritage Lectures No. 790*, Delivered April 16, 2003.
- Library of Congress, Federal Research Division (2003): *Terrorist and Organized Crime Groups in the Tri-Border Area (TBA) of South America*, Washington, D.C., July 2003.
- Manwaring, Max G. (2004): *Security in the Americas: Neither Evolution Nor Devolution – Impasse*, Special Series: Shaping the Regional Security Environment In Latin America, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA, March 2004.
- Marcella, Gabriel (2003): Comentario sobre la Declaración de Seguridad en las Américas, in: *Newsletter RES-DAL*, No.13 (noviembre/diciembre 2003).
- Nolte, Detlef/Oettler, Anika (2003): Lateinamerika: Der vergessene Hinterhof der USA?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 38-39/2003*, September 15, 2003, S. 20-29 (http://www.das-parlament.de/2003/38_39/Beilage/004.html).
- Núñez, Joseph R. (2002): *A 21st Century Security Architecture for the Americas: Multilateral Cooperation, Liberal Peace, and Soft Power*, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle PA, August 2002.
- Patten, Chris (2004): Europe and America – has the transatlantic relationship run out of road?, in: *Speech at Lady Margret Hall*, Oxford, February 13, 2004.
- Rojas Aravena, Francisco (2003): La CES del hemisferio americano. La difícil construcción de consensus, in: *Foreign Affairs En Español 3* (2003) 4, S. 172-179.
- Statement by Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld, Defense Ministerial of the Americas, Santiago de Chile, November 19, 2002.
- Villagra Delgado, Pedro (2003): Un nuevo paradigma de seguridad hemisférica, in: *Foreign Affairs En Español 3* (2003) 4, S. 130-143.
- /Bitencourt, Luis/Medina Uribe, Henry (2003): *Perspectives From Argentina, Brazil, and Colombia*, Special Series: Shaping the Regional Security Environment In Latin America, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College Carlisle, PA, July 2003.

Wichtige Links zum Thema im Internet:

U.S. Department of Defense: <http://www.defenselink.mil/>

U.S. SOUTHCOM: <http://www.southcom.mil/home/>

Strategic Studies Institute. U.S. Army War College:
<http://www.carlisle.army.mil/ssi/pubs/region.html#americas>

Center for Hemispheric Defense Studies: <http://www.ndu.edu/chds/>

WOLA/Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC):
<http://www.ciponline.org/facts/soa.htm>

Inter-American Defense Board (IADB): <http://www.jid.org/en/>

OAS-Committee on Hemispheric Security:
<http://www.oas.org/main/main.asp?sLang=E&sLink=http://www.oas.org/csh/english>

Red de Seguridad y Defensa-RESDAL: <http://www.resdal.org>

Foreign Affairs En Espanol: <http://www.foreignaffairs-esp.org/>

Heritage Foundation: <http://www.heritage.org/research/LatinAmerica/Issues2004.cfm>

Council on Foreign Relations: http://www.cfr.org/reg_index.php?id=2||1

American Enterprise Institute. Americas Program:
http://www.aei.org/research/filter.foreign,subjectID.18/projectfilter_detail.asp

Wilson Center. Latin American Program:
http://wwics.si.edu/index.cfm?fuseaction=topics.home&topic_id=1425

Frühere Brennpunkte zum Thema (über die homepage des IIK abrufbar):

<http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/publikationen/brennp02li.html>

- Nolte, Detlef (2001): Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien. Die neuesten Umfragen des Latinobarómetro und die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA. Brennpunkt Lateinamerika 18-2001.
- Kurtenbach, Sabine (2001): Lateinamerika nach dem 11. September 2001. Brennpunkt Lateinamerika 19-2001.
- Oettler, Anika (2003): Neuer Imperialismus, neuer Antiamerikanismus? Lateinamerika und der Irak-Krieg. Brennpunkt Lateinamerika 08-2003.

Aktuelle Arbeitspapiere aus dem Forschungsprojekt „Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika“:

<http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/forschung/sicherheitspolitik.html>

- Flandes, Daniel: Entsteht im südlichen Lateinamerika eine Sicherheitsgemeinschaft? Ausgangslage, Stand und Perspektiven sicherheitspolitischer Kooperation zwischen Argentinien, Brasilien und Chile. Hamburg, Juni 2003 (Arbeitspapiere des IIK, Nr. 11).
<http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIIK11.pdf>
- Radseck, Michael: Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (I). Meldeverhalten und Berichterstattungspolitik des Subkontinents gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen. Hamburg, August 2003 (Arbeitspapiere des IIK, Nr. 12).
<http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIIK12.pdf>
- Flandes, Daniel: Militär und Parlament in Lateinamerika: Eine kritische Betrachtung der Kontrolltätigkeit der brasilianischen Verteidigungsausschüsse. Hamburg, Januar 2004 (Arbeitspapiere des IIK, Nr. 14).
<http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIIK14.pdf>

Autorennotiz:

Prof. Dr. Detlef Nolte; stellvertretender Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde, unterrichtet Politische Wissenschaft und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg; zu Forschungsschwerpunkten und aktuellen Veröffentlichungen siehe

<http://www.duei.de/iik/show.php/de/content/mitarbeiter/nolte.html>

E-Mail: nolte@iik.duei.de

Die vorliegende Studie basiert u.a. auf Hintergrundinformationen, die im Rahmen der vom US Army War College und dem Latin American and Caribbean Center der Florida International University (FIU) gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführten internationalen Tagung „Hemispheric Objectives for the Next Decade“, Miami, 17.-19. März 2004, gewonnen worden.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer / Andreas Steinhilber (Hg.):

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ekuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Frankfurt/M.: Vervuert 2004, 434 S., € 28,-

ISBN 3-89354-523-9

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 59